

## **C14NEU Jurist:innenausbildung menschlich gestalten**

Antragsteller\*in: Jusos Jena

### **Antragstext**

1 Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

2 Jurist:innen befinden sich in Deutschland auch abseits von BVerfG und BGH in  
3 Machtpositionen. Regelmäßig stellen etwa Jurist:innen die größte Berufsgruppe im  
4 Bundestag und in Landtagen. Gleichzeitig ist das Jurastudium unnötig schwer und  
5 langwierig. Zugleich wirkt die Struktur des Studiums abschreckend auf  
6 Erstakademiker:innen und Studierende aus sozial schwachen Familien. Das führt im  
7 Ergebnis dazu, dass solche Gruppen unter Jurist:innen unterrepräsentiert sind.  
8 Zugleich besteht in Thüringen ein erheblicher Mangel an Absolvent:innen in allen  
9 juristischen Berufen der zu überlangen Verfahren vor Gericht und in der  
10 Verwaltung führt.

11 Die Jusos Thüringen setzen sich daher dafür ein, dass das Studium der  
12 Rechtswissenschaft niedrighschwelliger zugänglich und unabhängig von der  
13 finanziellen Leistungsfähigkeit des Elternhauses, die Ausbildung junger  
14 Jurist:innen fairer und menschenfreundlicher wird, feministische Themen zu  
15 Studieninhalten werden und dass der Ausbildungsstandort Thüringen gestärkt wird,  
16 damit auch in Zukunft die Funktionsfähigkeit der Justiz erhalten werden kann. Zu  
17 diesem Zweck fordern die Jusos Thüringen die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

- 18 1. Langfristig wird die Ausbildung zum:zur Volljurist:in in Thüringen und  
19 Deutschland zu einem Bachelor/Master-Studiengang umstrukturiert. Die  
20 Staatsexamina werden abgeschafft.
- 21 2. Kurzfristig soll die Möglichkeit geschaffen werden, die  
22 Staatsexamensklausuren elektronisch abzulegen, um zu verhindern, dass Jahr  
23 für Jahr zahlreiche Studierende und Referendar:innen körperliche  
24 Schädigungen, durch die extreme Schreibbelastung erleiden, sowie unfaire  
25 Bewertungen von Examenleistungen auf Grund des Schriftbilds passieren.
- 26 3. Der Umfang der Studieninhalte im Ganzen wird reduziert. Der Fokus soll  
27 nicht auf dem Auswendiglernen von Kleinstproblemen liegen, sondern auf dem  
28 Erlernen der Systematik und der Methodik des Rechts.

- 29 4. Die Studieninhalte sollen um feministische Themen ergänzt werden. Das  
30 Sexualstrafrecht soll entweder im Rahmen der Vorlesung „Strafrecht –  
31 Besonderer Teil“ oder im Rahmen einer eigenständigen Vorlesung in der  
32 Ausbildung behandelt werden. Die Universitäten sollen verpflichtet werden,  
33 eine solche Vorlesung anzubieten, die Teilnahme soll für die Studierenden  
34 aber freiwillig sein.
- 35 5. Lehrpersonen sollen verpflichtet werden, regelmäßig an einer  
36 Pädagogikschulung teilzunehmen. Dadurch soll der Mehrwert der Vorlesungen  
37 gegenüber dem Selbststudium erhöht werden.
- 38 6. Das von der Universität angebotene Repetitorium soll gegenüber den  
39 privaten, kommerziellen Anbietern soweit ausgebaut werden, dass das  
40 Bedürfnis nach teuren privaten Repetitorien entfällt. Die Ausstattung der  
41 Bibliothek soll weiter verbessert, insbesondere das Angebot an Online-  
42 Datenbankzugriffen deutlich ausgeweitet werden, indem der Etat der  
43 Bibliothek erhöht wird.
- 44 7. Rechtsreferendar:innen werden in Thüringen schlecht bezahlt. Ein großer  
45 Teil des Gehalts muss für Bahntickets aufgewendet werden, da die  
46 Ausbildungsstätten in ganz Thüringen verteilt sind. Wir fordern, dass  
47 Referendar:innen zusätzlich zum Gehalt ein Jobticket<sup>[1]</sup> bezahlt wird, um  
48 einerseits den Standort Thüringen mit Blick auf den massiven  
49 Richter:innenmangel zu stärken und andererseits die Hürden für finanziell  
50 schlecht abgesicherte Absolvent\*innen abzubauen. Außerdem sollen  
51 Rechtsreferendar\*innen in Thüringen verbeamtet werden.
- 52 8. Die einzige Universität in Thüringen an der Jura studiert werden kann  
53 befindet sich in Jena. Die Ausbildung der Referendare erfolgt allerdings  
54 über das ganze Land verteilt. Dadurch sind Referendare gezwungen aufwendig  
55 umzuziehen. Das führt nicht nur zu erheblichen Belastungen für Studierende  
56 sondern bewirkt auch, dass mehr Referendar:innen die Möglichkeit des  
57 Umzuges nutzen um Thüringen den Rücken zu kehren. Die Lehrveranstaltungen  
58 während des Referendariats sollen daher in Jena stattfinden. Die  
59 Stammdienststellen sollen dabei an den Landgerichten verbleiben.

60 <sup>[1]</sup> Vorbild Hessen

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.